

Satzung über den vollständigen oder teilweisen Ausschluss der Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 151 (5) Satz 1 Wassergesetz LSA (WG-LSA) für das Verbandsgebiet des Wasserverbandes Burg

Aufgrund des § 151 Absatz 5 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (WG LSA) in der Fassung vom 12.04.2006 (GVBl. LSA S. 248) in Verbindung mit den §§ 6 und 8 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert am 14.02.2008 (GVBl. LSA S. 40, 46), sowie des Abwasserbeseitigungskonzeptes des Wasserverbandes Burg in der Fassung der Fortschreibung vom 23.04.2008 hat die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Burg in der Sitzung am 08.12.2008 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Der Wasserverband Burg (Verband) betreibt als Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung nach Maßgabe der jeweils gültigen Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an eine öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage des Wasserverbandes Burg (Abwasserbeseitigungssatzung) eine rechtlich jeweils selbständige öffentliche Abwasseranlage zur
 - a) zentralen Schmutzwasserbeseitigung im Gebiet der Stadt Burg und den Gemeinden Schermen, Reesen, Stresow, Grabow, Theeßen und Küsel
 - b) dezentralen Schmutzwasserbeseitigung im Gebiet der Stadt Burg und den Gemeinden Schermen, Reesen, Stresow, Grabow, Theeßen und Küsel
- (2) Der Verband ist berechtigt, nach Maßgabe des § 151 Absatz 5 WG LSA Abwasser aus seiner Abwasserbeseitigungspflicht ganz oder teilweise auszuschließen, wenn
 1. das Abwasser wegen seiner Art und Menge nicht zusammen mit dem in Haushaltungen anfallenden Abwasser beseitigt werden kann,
 2. eine Übernahme des Abwassers wegen technischer Schwierigkeiten, wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwands oder aufgrund der Siedlungsstruktur nicht angezeigt ist oder
 3. dies aus anderen Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses geboten istund eine gesonderte Beseitigung des Abwassers das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt.
- (3) Die Aufgabe zur Übernahme und Beseitigung des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwasser und des in Absetz-, Ausfallgruben und vollbiologischen Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes kann nicht ausgeschlossen werden.

§ 2

Ausschluss der Abwasserbeseitigungspflicht für Teile des Entsorgungsgebietes

- (1) Die in der Anlage, die Bestandteil dieser Satzung ist, aufgeführten Grundstücke laut dem Abwasserbeseitigungskonzept in der Fassung der Fortschreibung vom 23.04.2008 werden von der Abwasserbeseitigungspflicht ausgenommen. Der Ausschluss bezieht sich nicht auf die Übernahme und Beseitigung des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwasser und des in Absetz-, Ausfaulgruben und vollbiologischen Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms.
- (2) In Orten bzw. Ortsteilen, in denen das Abwasser gemäß bestätigtem Abwasserbeseitigungskonzept ausschließlich dezentral entsorgt werden soll, gilt der Ausschluss der Abwasserbeseitigungspflicht auch für bisher unbebaute Grundstücke, wenn sie später bebaut werden sollen bzw. wenn auf ihnen infolge baulicher Nutzung Abwasser auf Dauer anfällt.
- (3) Ergeben sich aus der Anlage widersprüchliche Angaben zur Grundstückslage, ist die Angabe des Flurstückes maßgebend.
- (4) Mit dem Ausschluss der Abwasserbeseitigungspflicht ist im Umfange des Ausschlusses derjenige zur Beseitigung des Abwassers verpflichtet, bei dem es anfällt (Nutzer der Abwasseranlage).

§ 3

Wirksamkeit des Ausschlusses

Der Ausschluss wird wirksam mit Inkrafttreten dieser Satzung.

§ 4

Fortbestand alter Rechte

Freistellungsgenehmigungen, die bis zum Inkrafttreten des 4. Gesetzes zur Änderung des WG LSA vom 15.04.2005 in Bestandskraft erwachsen sind, gelten fort.

§ 5

Aufhebung des Ausschlusses

- (1) Der Verband kann durch Satzung den Ausschluss des Abwassers aus ihrer Abwasserbeseitigungspflicht wieder aufheben. Liegt ein Grundstück in einem Gebiet, für das das Abwasserbeseitigungskonzept des Verbandes den Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage innerhalb der nächsten 10 Jahre nicht vorsieht, so ist der Verband gehindert, vor Ablauf von 15 Jahren, gerechnet ab dem Datum der Genehmigung des Abwasserbeseitigungskonzeptes, den Anschluss des Grundstücks an eine öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage und deren Benutzung vorzuschreiben. Weiteren Bestandsschutz gewährt diese Satzung nicht.
- (2) Die Aufhebung des Ausschlusses erfolgt durch Änderung der Satzungsanlagen. Sie wird wirksam mit Inkrafttreten der Änderungssatzung.

§ 6
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Burg, den 8. Dezember 2008

(Siegel)

Jungnickel
Verbandsgeschäftsführer als
Beauftragter des Landrates